

**Vorläufiges Protokoll
der VII. Sitzung des 41. Studierendenparlaments der Philipps-Universität
Marburg am Mittwoch, den 26. April 2006
im Hörsaalgebäude, Hörsaal 7, Biegenstr. 14, 35037 Marburg.**

Protokollanten: **Felix Rensch, Johannes Grün**
Die Sitzung ist öffentlich.

[Begrüßung, Beschlussfähigkeit]

Julia Becker, die Präsidentin des 41. Studierendenparlamentes, eröffnet die Sitzung um 20:20 Uhr und stellt bei 29 anwesenden ParlamentarierInnen die Beschlussfähigkeit fest. **Julia** teilt mit, dass **Eva Bless** (GHG) von ihrem Mandat zurücktritt und **Pia Schmitz** (GHG) für sie nachrückt. Auch Pia Schmitz tritt zurück, es rückt **Susanne Schmelter** (GHG) nach.

Da **Kaia Jungjohann** (Fachkraft) fehlt, wird heute Johannes Grün (Grüne-HSG) Protokoll schreiben.

TOP 1 [Protokolle]

Protokoll vom 08.02.2006: Kristina Fischer (Juso-HSG) merkt an, dass sie fälschlicherweise der Grünen Hochschulgruppe zugeordnet wurde und möchte dies geändert haben.

Mit dieser Änderung wurde das Protokoll vom 08.02.2006 genehmigt.

Protokoll vom 15.02.06: Das Protokoll wurde ohne Anmerkungen genehmigt.

TOP 2 [Tagesordnung]

Julia erklärt, dass der RCDS per Email beantragt habe, den TOP 6 „Stellungnahme Studiengebühren“ zu vertagen. Sie fragt **Clara Florath** (RCDS), ob sie diesen Antrag aufrecht erhält. Clara verneint und erklärt, dass sie Mitglied der „Unabhängigen“ sei, nicht Mitglied des RCDS. Damit hält niemand den Antrag auf Vertagung des TOPs 6 aufrecht und die Tagesordnung ist ohne Änderung genehmigt:

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

1. Genehmigung der Protokolle der vergangenen Sitzungen
2. Genehmigung der weiteren Tagesordnung
3. Bericht des AStA
4. Bericht des RPA
5. Entlastung des Vorstands des vorherigen AStA

6. Stellungnahme zu Studiengebühren
7. Stellungnahme zu Mechterstätt
8. Stellungnahme zum Collegium Gentium
9. Antrag auf Änderung der Satzung 3. Lesung
10. Verschiedenes

TOP 3 [Bericht AStA]

Lena Behrendes (AStA-Vorsitzende) hält den Bericht des AStA.

Sie berichtet, dass die AStA-Ersti-Party erfolgreich stattgefunden habe. Zur möglichen Einführung der UNI-CARD berichtet sie, dass das AStA-Konzept für die UNI-CARD vom Unipräsidium genehmigt worden sei, auf die Rückmeldung vom Studentenwerk allerdings noch gewartet werde. Sie kündigt die AStA-Aktionswoche vom 08.-12. Mai an, deren Highlights eine Vollversammlung am 11.05.2006 und eine Demonstration am 12.05.2006 sein werden.

TOP 4 [Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses]

Anne Tittor (Gruppe Dissident) stellt als Vorsitzende des RPA den Bericht vor. Sie erklärt, dass die RechnungsprüferInnen insgesamt zufrieden gewesen wären, die Hauptkritik hätte sich auf die hohen Telefonkosten bezogen.

Anne teilt mit, der RPA habe sich bei seiner Sitzung eindeutig für die Entlastung des Vorstands für das Haushaltsjahr 2004/05 des vorherigen AStA ausgesprochen. Sie beantragt demnach die Entlastung des AStA für das Haushaltsjahr 2004/05 durch das StuPa.

Es gibt keine Fragen an Anne.

TOP 5 [Entlastung des Vorstands des vorherigen AStA]

Julia fragt, wer der Entlastung des Vorstands für das Haushaltsjahr 2004/05 zustimmt.

Abstimmung:

Ergebnis: 27:0:2

Damit ist der Vorstands für das Haushaltsjahr 2004/05 **entlastet**.

TOP 6: Stellungnahme zu Studiengebühren

Julia erklärt den aktuellen Anlass dieses TOPs. Es sei ein Gutachten von dem Berliner Juristen Pestalozza veröffentlicht worden, der zu dem Schluss komme, dass „sozialverträgliche“ Studiengebühren im Einklang mit Artikel 59 der hessischen Landesverfassung stünden. Die hessische Landesregierung nutze dieses Gutachten zur Durchsetzung von Studiengebühren.

Lena verliest folgenden Antrag:

Das 41. Studierendenparlament der Universität Marburg möge beschließen:

Das 41. Studierendenparlament der Universität Marburg spricht sich weiterhin für ein gebührenfreies Studium aus. Die Pläne der hessischen Landesregierung zur Einführung allgemeiner Studiengebühren auch in Hessen werden – ungeachtet ihrer genauen Ausgestaltung – generell abgelehnt.

Wir rufen die Studierenden zur aktiven Organisation und Teilnahme an Protesten gegen die Einführung allgemeiner Studiengebühren in Hessen und anderswo auf. Proteste gegen jegliche Form von Studiengebühren haben die volle Unterstützung der Parlamentarierinnen und Parlamentarier des 41. Studierendenparlaments der Universität Marburg.

Weiterhin fordern wir von der hessischen Landesregierung die Rücknahme der Gebühren für sogenannte Langzeitstudierende, der Gebühren für das Zweitstudium sowie der Verwaltungsgebühren.

Wir fordern die Regierung des Landes Hessen, aber auch die Regierungen der anderen Bundesländer sowie die Bundesregierung dazu auf, die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden aktiv zu verbessern. Dazu gehören neben dem Verzicht auf jegliche Formen von Studiengebühren auch die Gewährleistung eines Studiums ohne eine Verschuldung der Studierenden z.B. durch die Erweiterung des BAFÖG zu einem elternunabhängigen Grundeinkommen.

Darüber hinaus fordern wir von den verantwortlichen gesellschaftlichen Akteuren verstärkte Maßnahmen und Anstrengungen, um die soziale Selektivität des Schulsystems aufzuheben und somit allen Menschen ungeachtet ihrer Herkunft und sozialen Lage einen Zugang zum Studium real zu ermöglichen.

Begründung:

Schon jetzt ist die wirtschaftliche und soziale Lage von vielen Studierenden prekär. Viele Studierende müssen mit einem durchschnittlichen Monatseinkommen unter dem Existenzminimum auskommen. Wo die finanzielle Lage der Eltern es nicht zulässt, ist ein Zugang zum Studium real erschwert. Dass nur etwa 8 bis 10 % der Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten studieren können, ist kein Zufall. Ein sozial selektives Schulsystem sowie die abschreckende Wirkung der Abzahlung von Schulden (z.B. von BAFÖG oder neuerdings auch Studienkrediten) halten die meisten Menschen aus einem finanziell und sozial benachteiligten Umfeld von einem Studium ab. Studiengebühren werden die Wirkungen der bisherigen Mechanismen des sozialen Ausschlusses noch verschärfen. Kredite, die für die Bezahlung von Studiengebühren aufgenommen werden müssen, benachteiligen Studierende mit späterer brüchiger Erwerbsbiographie besonders. Dazu gehören die meisten Frauen ebenso wie Studierende, deren Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt nicht gefragt sind und/oder die sich nach dem Studium jahrelang in schlecht bezahlten Praktika wiederfinden.

Ob und inwiefern eine Einführung von Studiengebühren im Rahmen der hessischen Landesverfassung möglich ist, wird gerichtlich geklärt werden. An den fatalen sozialen Auswirkungen von Studiengebühren werden juristische Entscheidungen jedoch nichts ändern. Die Einführung oder Nicht-Einführung von allgemeinen Studiengebühren ist eine politische, keine an wirtschaftlichen Sachzwängen oder juristischen Vorgaben orientierte Entscheidung. Die Resolution ist daher als klare Aufforderung an die politischen EntscheidungsträgerInnen zu verstehen, ein gebührenfreies Studium zu erhalten bzw. wiederherzustellen, bisherige Mechanismen des sozialen Ausschlusses, die Menschen von einem Zugang zum Studium abhalten, zu beseitigen sowie die soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden zu verbessern.

Christian Hof (Fachkraft) korrigiert folgenden Fehler: „Wir rufen die Studierenden zur aktiven Organisation von und Teilnahme an Protesten...“

Der AStA übernimmt die Korrektur von Christian Hof.

Abstimmung des Antrags:

Ergebnis: 28:1:0

Damit ist die Resolution verabschiedet.

Mazlum Ayalp (Juso-HSG) weist auf die Studienkreditwerbung in der Mensa hin und bittet darum, die studentischen Vertreter im

Studentenwerksvorstand zu benachrichtigen, um die Werbung zu beenden.

Christoph Scheid (Fachkraft) meint, das Studentenwerk sei nicht besonders gesprächsbereit.

Juko Lukas (stellv. AStA-Vorsitzender) erklärt, dass die Entscheidungsgewalt bzgl. der Rahmenwerbung nicht mehr beim Studentenwerk liegen würde, da diese die Fläche an Campus direkt verkauft worden sei.

Alexander Klock (RosaListe) fragt, ob es Pläne für ein Gegengutachten gebe.

Roman George (Linke Bündnisliste) erklärt, dass ein Gegengutachten erstellt werden würde, unklar sei bislang noch, ob es allgemein oder zum konkreten Entwurf erstellt werden würde.

Christian Hof (Fachkraft) berichtet vom Verhalten des Uni-Präsidenten in der letzten Senatssitzung. Er habe die übrigen Senatsmitglieder aufgefordert, sich bereits jetzt Gedanken machen, wofür Studiengebühren eingesetzt werden sollen.

Juko ergänzt dies und berichtet von den genauen Kalkulationen des Uni-Präsidenten. Nienhaus rechne mit 18 Millionen Einnahmen pro Jahr, 10 Millionen für Uni und 8 Millionen für einen Fond für Ausfälle.

Johannes Lörcher (Grüne-HSG) fragt, ob Nienhaus von 500 € pro Semester ausgehe.

Juko bestätigt dies.

TOP 7: Stellungnahme zum Collegium Gentium

Es liegt ein Antrag der Gruppe dissident vor.

Fabian Rehm (Kulturreferent des AStA) verliest Stellungnahme und erläutert den Sachverhalt.

Das 41. Studierendenparlament möge beschließen:

„Das 41. Studierendenparlament der Uni Marburg fordert das Präsidium der Uni Marburg auf von dem Vollzug der Kündigung des internationalen Studierendenwohnheims Collegium Gentium abzusehen bis ein den Anforderungen der Selbstverwaltung genügendes Ersatzobjekt gefunden wurde. In Anbetracht des Auszugs der Frauen- wie der Kinderklinik fordern wir das Präsidium auf dort Räumlichkeiten für das Wohnheim zur Verfügung zu stellen.“

Mazlum meint, der Unipräsident hätte die Kinderklinik als Ausweichobjekt bereits abgelehnt.

Anne fragt, wann und wo Mazlum das gehört habe.

Mazlum glaubt, es hätte ein Anschreiben von Vaupel gegeben.

Dania Lemke (Juso-HSG) ergänzt, die Begründung wäre gewesen, dass ein Umzug in die Klinik räumlich, zeitlich und finanziell unmöglich wäre.

Fabian meint, dass im Konzept der Campus-Uni ein solches Wohnheim vorgesehen sei.

Mazlum fragt sich, warum der Antrag heute noch einmal abgestimmt werden müsse, er sei in einem ähnlichen Wortlaut bereits im 40. Studierendenparlament von der Juso-HSG eingebracht worden.

Anne meint, aufgrund der Aktualität sei eine erneute Stellungnahme wichtig.

Johannes Lörcher unterstützt Anne.

Fabian meint es sei Wunsch der Vollversammlung des CG gewesen, dass erneut eine Stellungnahme im StuPa behandelt werden solle.

Johannes Kucher (Royalistische Maoisten) fordert, dass das Unipräsidium wieder mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des CG in Kontakt treten solle.

Alexander Klock (RosaListe) formuliert den Ergänzungsantrag: „Zudem fordert das Studierendenparlament den Präsidenten der Universität Marburg auf, mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Collegium Gentium wieder in Kontakt zu treten.“

Anne übernimmt diese Ergänzung.

Mazlum kritisiert das geringe und späte Engagement seitens der CG-BewohnerInnen.

Anne widerspricht und verweist auf die Demonstrationen und Pressekonferenzen.

Abstimmung des Gesamtantrags:

„Das 41. Studierendenparlament der Uni Marburg fordert das Präsidium der Uni Marburg auf von dem Vollzug der Kündigung des internationalen Studierendenwohnheims Collegium Gentium abzusehen bis ein den Anforderungen der Selbstverwaltung genügendes Ersatzobjekt gefunden wurde. In Anbetracht des Auszugs der Frauen- wie der Kinderklinik fordern wir das Präsidium auf dort Räumlichkeiten für das Wohnheim zur Verfügung zu stellen. Zudem fordert das Studierendenparlament des Präsidenten der Universität Marburg auf, mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Collegium Gentium wieder in Kontakt zu treten.“

Der Antrag wird **einstimmig** angenommen.

Mazlum verliest folgenden Antrag von Annika Schmidt-Ehry der Juso-HSG und begründet ihn:

„Das 41. Studierendenparlament der Philipps-Universität Marburg verurteilt die Unterschriftenaktion in welcher die marburger SPD und insbesondere der Oberbürgermeister Egon Vaupel für die Schließung des selbstverwalteten Studierendenwohnheim Collegium Gentium verantwortlich gemacht wird.“

Begründung:

Anders als auf dem Flyer behauptet, hat sich der Oberbürgermeister über alle Maßen für das Collegium Gentium eingesetzt. Sowohl durch mehrere Besuche im CG durch ihn persönlich als auch durch die marburger SPD-Fraktion hat sich Egon Vaupel mehr als hinreichend über die Situation informiert. Ferner wurde auf Initiative der marburger SPD-Fraktion im Stadtparlament ein Antrag zum Erhalt des CG verabschiedet. Egon Vaupel stand mit dem Universitätspräsidium in ständigem Kontakt und hat dieses auch mehrfach auf Alternativlösungen hingewiesen. Diese wurden jedoch allesamt vom Uni-Präsidium oder auch von Seiten des CG abgelehnt. Mehr Möglichkeiten stehen Egon Vaupel weder als Person noch als Oberbürgermeister der Stadt Marburg zur Verfügung. Die Unterschriftenaktion dient nur zur Stimmungsmache und ist völlig fehlgehend, da sie mit Egon Vaupel einen der engsten Befürworter des CG trifft.

Marcel Hennes (Fachkraft) fragt, warum dieser Antrag im Studierendenparlament abgestimmt werden solle.

Christian erkundigt sich, was das für eine Unterschriftenaktion sei.

Mazlum erklärt, die Unterschriftenflyer lägen im AStA aus.

Dania ergänzt, sie lägen nicht nur im AStA aus, sondern seien gerade im Wahlkampf verwendet worden.

Jan Christoph Gail (Grüne-HSG) bittet Fabian um Klarstellung und meint, dass Egon Vaupel mitverantwortlich für die Schließung des CG sei, da er für den Auszug mitgestimmt habe und daher der Protest berechtigt sei.

Mazlum erklärt, das CG sei aus Brandschutzgründen unbewohnbar.

Miriam Wohlfahrt (FFLL) erwidert, Vaupel habe für den Auszug gestimmt, der Brandschutz sei nur vorgeschoben, die Angebote an das CG wären nicht äquivalent gewesen. Die Unterstellung an das CG, das CG hätte Egon Vaupels Angebote abgelehnt sei falsch.

Christian erklärt, dass die Verabschiedung dieses Antrags im StuPa sinnlos sei. Er plädiert für die Ablehnung oder Nichtbefassung des Antrags.

Fabian stellt nochmals richtig, dass Vaupel im Stiftungsrat für die Auflösung des CG gestimmt habe und Vaupel mehr Möglichkeiten hätte ausschöpfen können.

Marcel stellt einen GO-Antrag auf Nichtbefassung, da der Antrag allgemeinerpolitisch sei.

Formale Gegenrede durch **Mazlum**.
Abstimmung über den GO-Antrag:

Ergebnis: 16:07:06

Damit wurde der GO-Antrag angenommen.

TOP 8: Stellungnahme zu Mechterstädt

Anne verliest und begründet ihren Antrag:

„Die Abgeordneten des Studierendenparlaments verurteilen die verharmlosende Darstellung der Morde von Mechterstädt im März 1920, die in dem Aufsatz von Holger Zinn mit dem Titel „In Marburg ein Student, Anmerkungen zum Marburger Studentenlebens in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts“ zum Ausdruck kommt. Dabei kamen nicht „unter zweifelhaften Umständen fünfzehn Arbeiter zu Tode“ wie Zinn in dem Beitrag schreibt (S. 246), sondern sie wurden von Marburger Verbindungsstudenten ermordet, die zuvor den antidemokratischen Kapp-Putsch unterstützt hatten. Dies ist zweifelsfrei von der historischen Forschung erwiesen.

Deshalb fordert das Studierendenparlament die Herausgeber, den Verein für hessische Geschichte und Landeskunde e.V. (Kassel) des 2006 erschienenen Buchs „Die Philipps-Universität Marburg zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus“ auf, diese Tatsachen richtig zu stellen und sich von dem Beitrag zu distanzieren.“

Der Vizepräsident der Uni, Herbert Claas, habe bereits die verharmlosende Beiläufigkeit kritisiert. Auf der Uni-Homepage wird auf weitere Texte von Holger Zinn verwiesen. Daher sei es wichtig, dass sich das StuPa gegen diese Verharmlosung ausspreche.

Abstimmung über den Antrag:

Ergebnis: 28:00:01

Damit ist der Antrag angenommen.

Anne macht auf eine Veranstaltung von Prof. Gerhard Menk am 27.04.06 um 20 Uhr zu diesem Thema aufmerksam.

TOP 9: Antrag auf Änderung der Satzung 3. Lesung

Julia stellt folgenden Antrag vor:

1. Ändere den Titel der Satzung von „Satzung der Studentenschaft der Philipps-Universität Marburg“ in „Satzung der Studierendenschaft der Philipps-Universität Marburg“.

2. Ändere Art. 31, Abs.2, Satz 1 : „Der Allgemeine Studenten-ausschuss ist verpflichtet, bis zum 15. Oktober eines jeden Jahres einem Haushaltsplan aufzustellen für das folgende Haushaltsjahr, der vom Studentenparlament zu beschließen ist und der Zustimmung des Präsidenten bedarf“ in „Der Allgemeine Studentenausschuss ist verpflichtet, bis zum 15. Oktober eines jeden Jahres einen Haushaltsplan aufzustellen für das folgende Haushaltsjahr, der vom Studentenparlament zu beschließen ist und der Zustimmung des Präsidenten bedarf.“

3. Ändere Artikel 6, Absatz 7b): „Jeder Wahlvorschlag muss von dreißig wahlberechtigten Studierenden, die nicht KandidatInnen des Wahlvorschlags sind, durch Unterschrift unter Angabe von Name, Vorname, Fachbereich und Matrikelnummer unterstützt werden“ in „Jeder Wahlvorschlag muss von dreißig wahlberechtigten Studierenden, die nicht Kandidatinnen oder Kandidaten des Wahlvorschlags sind, durch Unterschrift unter Angabe von Name, Vorname, Fachbereich und Matrikelnummer unterstützt werden.“

Es gibt keine Anmerkungen.

Abstimmung:

Ergebnis: 27:00:02

Damit ist der komplette Änderungsantrag in dritter Lesung angenommen.

Christian Hof fragt, wie weit die Satzungskommission sei.

Matthias Alterfelder (Juso-HSG) erklärt, sie habe sich länger nicht getroffen.

Christian Hof fragt nach der/dem Vorsitzenden

Julia erklärt, dass Ortrun Brand als Vorsitzende zurückgetreten sei, ihr Stellvertreter sein Naakow.

Matthias gibt seinen Rücktritt aus der Satzungskommission bekannt.

TOP 10: Verschiedenes

Marcel fragt nach dem Termin für die Listenabgabe.

Julia nennt den 03.Mai 2006.

Julia nennt die StuPa-Termine für das Sommersemester:
17. Mai, 14. Juni und 05. Juli.

Jan Christoph merkt an, dass zeitgleich Fußballspiele liegen würden.

Julia kündigt die Vollversammlung am 11.05.06 um 18 Uhr im Audimax an.

Die amtierende Präsidentin des 41.Studierendenparlaments, **Julia Becker**, schließt die Sitzung um 21:27 Uhr.

Für das Protokoll:

Für die Richtigkeit:

gez. **Felix Rensch**
Vizepräsident des 41. StuPa

gez. **Julia Becker**
Präsidentin des 41. StuPa